



SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann anlässlich eines Podiums.

Nationalratskandidat Tobias Weidmann im Interview

Christina Baur, Christoph Schröder

Herr Weidmann, Sie setzen sich für eine Stärkung der Armee ein. Was sind die grössten Herausforderungen für die Schweizer Armee heute?

Tobias Weidmann: Der Ukraine-Krieg zeigt uns, wie unberechenbar die Welt momentan ist. Die Schweizer Armee muss sich wieder auf die gefährlichste Variante ausrichten und nicht auf die Wahrscheinlichste. Das bedeutet, dass wir in allen Sphären unsere Fähigkeiten, Waffensysteme sowie unser Material aufrüsten und einsatzbereit haben müssen.

Sie sprechen sich für voll ausgerüstete Bodentruppen aus. Warum ist eine moderne Ausrüstung Ihrer Ansicht nach unverzichtbar?

Weidmann: Jeder Krieg endet am Schluss mit «Boots on the ground». Moderne Waffensysteme und Panzer sind unabdingbar, damit wir uns im Ernstfall verteidigen können. Ohne diese Mittel kann keine moderne Armee bestehen.

Wie bewerten Sie die aktuelle Ausstattung der Schweizer Armee? In welchen Bereichen sehen Sie den dringendsten Handlungsbedarf?

Weidmann: Bei der bodengestützten Luftverteidigung BODLUV sehe ich deutlichen Nachholbedarf, zum Beispiel brauchen wir rasch auch ein neues System für mittlere und kurze Reichweite. Bei den schweren Waffen wie Panzern und Artilleriegeschützen braucht es dringend Investitionen, um auf dem neusten Stand zu sein und die drei Mechanisierten Brigaden voll auszurüsten. Entscheidend ist

für mich zudem, dass die Milizstruktur gestärkt wird, um die nötige Durchhaltefähigkeit zu gewährleisten. Das Milizsystem ist eine unserer Stärken, die wir bewahren müssen.

Was bedeutet das konkret für unsere Mechanisierten Verbände?

Weidmann: Heute verfügt die Armee nur noch über 134 modernisierte und 96 stillgelegte Leopard Panzer. Um schlagfähig zu sein, müssten die ersten beiden Mech Brigaden 1 und 11 mit je drei Bataillonen über 168 Panzer verfügen. Somit wird klar, dass 34 der stillgelegten Leopard Panzer modernisiert werden müssen. Des Weiteren müsste die dritte Mech Brigade 4 vollständig ausgerüstet werden. Die restlichen 62 stillgelegten Panzer sollten ebenfalls modernisiert und keinesfalls nach Deutschland verkauft werden. Nach der zwingend notwendigen Modernisierung der 96 stillgelegten Panzer fehlen uns inkl. Reserve- und Schiessplatzbedarf noch 56 weitere Panzer. Nun geht es darum, diese Lücken am Boden endlich zu schliessen.

«Moderne Waffensysteme und Panzer sind unabdingbar, damit wir uns im Ernstfall verteidigen können. Ohne diese Mittel kann keine moderne Armee bestehen.»

Sie fordern eine Erhöhung des Armeebudgets. Um wie viel sollte das Budget angehoben werden, um die Armee zukunftsfähig zu machen?

Weidmann: Um wirklich alle Fähigkeitslücken in der Armee zu schliessen, wäre eine budgetäre Aufstockung um 50 Prozent notwendig – mehr als sinnvoll investiertes Geld. Wir müssen der Bedrohungs Lage von heute endlich Taten folgen lassen.

Für eine unabhängige und realistische Energieversorgung

Inwiefern gefährdet eine potenzielle Strommangellage die Sicherheit der Schweiz? Wie beurteilen Sie das Risiko eines Blackouts?

Weidmann: Das Risiko ist hoch. Erschreckenderweise tritt eine Strommangellage mit hoher Wahrscheinlichkeit auf – sogar mit höherer Wahrscheinlichkeit als eine Influenza-Pandemie. Die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft wären bei einem hohen Strommangel fatal und könnten für den Staat rasch ausser Kontrolle geraten. Unsere Gesellschaft ist stark von Elektrizität abhängig und wäre in allen Bereichen schwerstens betroffen. Darauf sind wir momentan schlicht nicht vorbereitet. Das ist äusserst riskant.

Sie setzen sich für den Erhalt der Kernkraft ein. Welchen Beitrag leistet die Kernkraft zur Energiesicherheit der Schweiz?

Weidmann: Die Kernenergie ist CO₂-frei und eine verlässliche Grundlage in unserem Strom-Mix, die wir derzeit schlicht nicht ersetzen können. Moderne Kernkraftwerke der 3. und 4. Generation sind zudem sehr sicher und produzieren nur minimale Mengen an radioaktivem Abfall. Diese bewährte Technologie müssen wir weiter nutzen.

Was halten Sie von neuen Reaktortypen und Technologien wie Brutreaktoren?

Weidmann: Tatsächlich bin ich besonders fasziniert von der Aussicht auf Brutreaktoren. Diese könnten unser radioaktives "Altmaterial" äusserst effizient verwerten und so den Atommüll um bis zu 95 Prozent reduzieren. Das wäre ein echt innovativer Schritt hin zu einer Art Kreislaufwirtschaft der Kernenergie. Wenn wir diese Technologie beherrschen, wäre das ein "Game Changer" für die Kernkraft.

«Die Kernenergie ist CO₂-frei und eine verlässliche Grundlage in unserem Strom-Mix, die wir derzeit schlicht nicht ersetzen können.»

Wie bewerten Sie die Abhängigkeit der Schweiz von Stromimporten aus dem Ausland? Was kann die Schweiz tun, um die Eigenversorgung zu stärken?

Weidmann: Diese Importabhängigkeit macht uns erpressbar und verletzlich, da sind wir uns hoffentlich einig. Wir müssen daher unsere eigenen Kernkraftwerke länger laufen lassen und sofort mit der Planung neuer Reaktoren der Generation 3+ beginnen. Ansonsten sind die heutigen Probleme ein Klacks verglichen mit dem, was uns in 20 Jahren droht.

Sie sprechen sich gegen eine vorzeitige Abschaltung der Kernkraftwerke aus. Bis wann sollten diese am Netz bleiben?

Weidmann: Unsere Kernkraftwerke haben eine Betriebslizenz bis ins Jahr 2045. Es wäre aus meiner Sicht grob fahrlässig und unvernünftig, diese vorzeitig abzuschalten und so die Versorgungssicherheit leichtsinnig aufs Spiel zu setzen. Das kann und darf keine Option sein, wenn wir unsere Unabhängigkeit bewahren wollen. Viel wichtiger ist, dass wir jetzt beginnen, mit neuen Kernkraftwerken die Energieversorgung in 10 Jahren zu sichern. Korea hat innerhalb von 10 Jahren vier neue Kernkraftwerke gebaut.

Mehr Schweizer Kompetenz im Arbeitsmarkt

Sie kritisieren die Zuwanderungspolitik der letzten Jahre. Wo sehen Sie die grössten Herausforderungen beim Thema Zuwanderung?

Weidmann: Die praktisch unkontrollierte, massenhafte Zuwanderung der letzten Jahre verursacht einen massiven Fachkräftemangel.

Ausserdem führt sie zu Lohndruck, Verdrängung älterer Arbeitnehmer und hohen Folgekosten für unsere Infrastruktur und Sozialwerke. Diese Fehlentwicklung aus der jüngeren Vergangenheit müssen wir korrigieren, sonst gefährden wir den Wohlstand der Schweizer Bevölkerung über mehrere Generationen.

Wie wirkt sich die Personenfreizügigkeit auf den Arbeitsmarkt aus?

Weidmann: Die zugewanderten Personen arbeiten zum Teil tatsächlich in Positionen mit Fachkräftemangel, doch lange nicht alle. Zudem verursacht die Zuwanderung gleichzeitig einen weiteren Mangel an neuen Fachkräften: Die über eine Million zugewanderten Personen seit 2007 benötigen schätzungsweise 2'730 Ärzte, 19'000 Pflegepersonen und 6'950 Lehrer, das ist eine Endlosspirale. Die Personenfreizügigkeit wirkt sich definitiv negativ auf den Arbeitsmarkt aus. In absoluten Zahlen haben wir heute mehr registrierte Arbeitslose und viel mehr Erwerbslose. Jeder dritte 55+ findet keine Stelle mehr. Genau darum wurde auch die Überbrückungsrente ins Leben gerufen, weil das offensichtliche Fakten sind.

Sie fordern eine massvolle und gesteuerte Zuwanderung. Wie sollte diese konkret aussehen?

Weidmann: Wir brauchen wieder eine eigenständige Schweizer Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung, anstatt diese einfach der EU zu überlassen. Wir müssen die Zuwanderung mit Kontingenten nach Berufsgruppen und einer Integrationspflicht gezielt lenken können. Nur so behalten wir unsere Löhne und unsere bewährte Schweizer Qualität in Ausbildung und Beruf.



Tobias Weidmann an der Bundesfeier in Hettlingen 2023

Wie bewerten Sie die Forderung nach einer 10-Millionen-Schweiz? Sollte es eine Obergrenze für die Zuwanderung geben?

Weidmann: Eine Aufblähung der Schweiz zu einer 10-Millionen-Einwohner-Nation lehne ich klar ab. Eine solche Massenzuwanderung überfordert nach meiner Analyse unsere Sozialsysteme und unseren limitierten Raum. Mittelfristig sollten wir eine Netto-Null Zuwanderung haben. Das bedeutet immer noch, dass ca. jedes Jahr ca. 120-150k Personen kommen könnten. Wir müssen auch an die nachfolgenden Generationen denken.

Sie setzen sich für die Generation 50+ am Arbeitsmarkt ein. Mit welchen konkreten Massnahmen könnte man dieser Generation helfen?

Weidmann Um die Generation 50+ wieder besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sollte man die Arbeitgeberbeiträge für Ältere deutlich senken, die Stellenmeldepflicht abschaffen und die GAVs flexibler gestalten. Die Generation 50+ hat in den letzten 30 Jahren den Wohlstand in der Schweiz aufgebaut. Ihr immenser Erfahrungsschatz muss unbedingt weiter genutzt werden. Die Generation 50+ darf nicht einfach aufs Abstellgleis gestellt werden.

Sie schlagen unter anderem einen Integrationsbeitrag für ausländische Arbeitskräfte vor. Wie sollte ein solcher Beitrag ausgestaltet sein?

Weidmann: Mein Vorschlag wäre, dass der Integrationsbeitrag über einen Zeitraum von 10 Jahren für Ausländer abschmilzt und sich so selbst eliminiert. Das fördert Integration, deckt einen Teil der Sozialkosten und gleicht Lohnunterschiede etwas aus, ohne den Arbeitsmarkt wirklich zu verzerren.

Wie beurteilen Sie die Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit? Funktionieren diese ausreichend, um Lohndumping zu verhindern?

Weidmann: Nein. Flankierende Massnahmen schützen nur den Minimallohn. Kein Zugewanderter will aber sein Leben lang für einen Minimallohn arbeiten. Die Löhne werden aber nicht steigen, weil im Ausland bereits die nächste willige Arbeitskraft zum Importieren bereitsteht.



Tobias Weidmann mit seiner Familie am Wahlauffakt der SVP.

Die schwierige Beziehung zur EU

Wie beurteilen Sie die Zuwanderungspolitik der Schweiz?

Weidmann: Jedes Land dieser Welt steuert die Einwanderung eigenständig – ausgenommen davon sind die Länder innerhalb der EU. Zuwanderung ist im Grunde etwas Positives und zeigt, dass ein Land floriert. Allerdings muss die Zuwanderung nachhaltig sein, damit zukünftige Generationen die Zuwanderung positiv absorbieren können. Die SVP will das gescheiterte Experiment der Personenfreizügigkeit beenden und zum bewährten Kontingentsystem

zurückkehren, welches die Schweiz von 1970 bis 2002/7 erfolgreich umgesetzt hatte.

Wie wird eine Kündigung der Personenfreizügigkeit den Wohlstand der Schweiz beeinflussen?

Weidmann: Wohlstand, welcher bloss auf massiver Zuwanderung basiert, ist nicht nachhaltig. Der Wohlstand muss durch mehrere Köpfe geteilt werden und es bleibt pro Person nicht mehr übrig als vorher. Nachhaltiger Wohlstand ist nur mittels Innovation und Technologie möglich. Gleichzeitig muss die Zuwanderung gezielt und präzise erfolgen. Darum würde die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP eine gezielte und gut qualifizierte Zuwanderung nach wie vor ermöglichen.

«Nachhaltiger Wohlstand ist nur mittels Innovation und Technologie möglich. Gleichzeitig muss die Zuwanderung gezielt und präzise erfolgen.»

Inwiefern setzt die Nachhaltigkeitsinitiative den bilateralen Weg mit der EU aufs Spiel?

Weidmann: Überhaupt nicht. Die Schweiz unterhält heute ein weltweites Netzwerk von Freihandelsabkommen – vom Europa-Mittelmeerraum bis hin zu Mexico, Kanada, Singapur usw. Der grosse Teil unserer Abkommen gehören zu den sogenannten Freihandelsabkommen der 2. Generation, welche zusätzlich zum klassischen Warenverkehr und Schutzrechten auch den Handel mit Dienstleistungen, Investitionen und öffentlicher Beschaffung regeln. Mit der EU verfügen wir über ein Freihandelsabkommen der 1. Generation. Deshalb musste die Schweiz dieses sukzessive mit zusätzlichen bilateralen Verträgen punktuell ergänzen. Es wurde aber nicht ersetzt. In den Bilateralen I sind keine wesentlichen Ergänzungen zu einem Freihandelsabkommen der 1. Generation. Im Gegenteil sind die meisten Verträge der Bilateralen I zu Gunsten der EU angelegt, weil sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 90er Jahren eine sehr starke Verhandlungsmacht gegenüber den EFTA-Staaten hatte. Die EU würde sich auf Neuverhandlungen der Personenfreizügigkeit dieses Mal einlassen, weil im Gegensatz zur Masseneinwanderungsinitiative von 2014 das Endergebnis einer Kündigung der Bilateralen I klar kommuniziert ist. Eine Kündigung aller sieben Verträge würden die EU-Mitgliedsländer nicht riskieren wollen.

Wie wirkt sich die Verhandlungsblockade mit der EU im Moment auf die Wirtschaftsverträge mit dem Ausland aus?

Weidmann: Die Schweiz ist international sehr gut vernetzt. Die Grundlage unseres Handels bildet ein multilateraler Ansatz mittels WTO, welcher durch bilaterale Freihandelsabkommen (FHA) mit der Europäischen Gemeinschaft von 1972, Japan 2009, China 2014 und weit über 30 weitere FHA auf Basis plurilateraler Verträge durch die EFTA-Mitgliedschaft ergänzt wurden und werden. Über 95% unseres heutigen Handels läuft über diese Freihandelsabkommen, womit uns der Marktzugang im gegenseitigen Interesse gewährleistet wird.

Den Beweis dafür liefert das SECO gleich selbst. Seit den 1990 Jahren schlossen die EFTA-Staaten parallel zur EU diverse Freihandelsabkommen mit mittel- und osteuropäischen Staaten ab. Durch den EU-Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien (2004) und Bulgarien, Rumänien (2007) und Kroatien (2013) schreibt das SECO: „Acht dieser Freihandelsabkommen sind seit dem 01.05.2004, zwei weitere seit dem 01.01.2007 und eines seit dem 01.07.2013 nicht mehr in Kraft, da die entsprechenden Partnerstaaten auf diesen Zeitpunkt Mitglied der EU geworden sind. Die Freihandelsbeziehungen zwischen der Schweiz und den neuen EU-Mitgliedstaaten bestehen jedoch weiter, neu auf der Grundlage des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU von 1972.“

Der Unternehmer, Milizoffizier, Kantonsrat und Familienvater

Sie sind erst 40 Jahre alt und Präsident der Finanzkommission des Kantonsrates. Wie sind Sie in diese verantwortungsvolle Position gekommen?

Weidmann: Durch meine berufliche und militärische Führungserfahrung schon in jungen Jahren konnte ich bereits früh viel Verantwortung übernehmen. Diese Chancen habe ich gerne genutzt. Nun setze ich mich mit grosser Leidenschaft und Erfahrung für den Kanton Zürich ein.

«Dankbarerweise war Organisieren und Priorisieren schon immer meine Stärke.»

Sie sind Unternehmer, Milizoffizier, sitzen gleichzeitig im Kantonsrat und haben mehrere Präsidien inne. Wie schaffen Sie es, diese zeitintensiven Tätigkeiten unter einen Hut zu bringen?

Weidmann: Durch straffe Zeitplanung, klare Priorisierung und ein grosszügig ausgelegtes Pareto-Prinzip und eine grosse Portion Humor.

Sie haben vier Kinder und sind auch noch Milizoffizier. Wie bekommen Sie das alles zeitlich organisiert? Was ist Ihr Geheimrezept?

Weidmann: Meine Frau und ich teilen uns die Aufgaben mit den Kindern sehr partnerschaftlich auf. Momentan übernimmt meine Frau zuhause sehr viel, sie hält mir den Rücken frei. Wir sind ein eingespieltes Team, dafür bin ich sehr dankbar. Auch die Grosseltern helfen glücklicherweise oft mit. Eine gute Organisation mit Raum für Unvorhergesehenes hilft. Dankbarerweise war Organisieren und Priorisieren schon immer meine Stärke.

Tobias Weidmann (1983) ist SVP-Nationalratskandidat, Kantonsrat und Präsident der kantonalen Finanzkommission. Der Unternehmer arbeitet in Winterthur und lebt mit seiner Frau und seinen vier Kindern in Hettlingen.